

1 Einleitung

Moderne demokratische Gesellschaften werden seit einigen Jahren durch ganz unterschiedliche Entwicklungen ungemein herausgefordert: von der Krise der Volksparteien über die Repräsentationskrise der Demokratie bis hin zur fortschreitenden Etablierung neuerer Parteien wie der AfD. Während sich in den 2000er Jahren bei den europäischen Nachbarn politische Kräfte rechts der Mitte formierten und teilweise auch in Regierungsverantwortung gelangten, schien die Bundesrepublik ein Fels in der Brandung zu sein – denn hier hatten solche Parteien kaum eine Chance. Inzwischen hat sich die Situation jedoch geändert; teilweise sprechen Sozialwissenschaftler bereits davon, dass sich die Bundesrepublik mit dieser Entwicklung nun auch im europäischen Vergleich »normalisiert« habe.¹

Jedenfalls hat sich in der politischen Landschaft einiges getan. Spätestens seit 2014 ist die bundesrepublikanische Gesellschaft mit dem Auftauchen von PEGIDA in Bewegung geraten und wandelt ihr Gesicht. Neben all den politischen Veränderungen erneuern sich dabei auch die Verhandlungs- und Aushandlungsformen demokratischer Verarbeitungsprozesse. Politik kann immer weniger auf tradierte Lagerbildungen bauen und auf gefestigte Loyalitäten setzen. Stattdessen erleben wir derzeit in ganz unterschiedlichen Formen Tendenzen und Folgen des gesellschaftlichen Tribalismus, des Auseinanderfallens alteingesessener politischer Lager- und Milieugrenzen und damit eine Ausdifferenzierung des politischen »Marktes«.

Diese Tendenzen betreffen freilich auch den politischen Rechtsradikalismus. Denn fraglos haben wir in den vergangenen Jahren ganz unterschiedliche Formen »rechten« Aufbegehrens und der Formierung eines neuen Wutbürgertums erlebt.² Die parteipolitische Speerspitze dieses gesellschaftlichen Unbehagens ist momentan die AfD; zuvorderst ist diese Partei jedoch Ausdruck und Symbol tieferliegender gesellschaftlicher Veränderungen. Spätestens seit dem NSU-Komplex hat sich

1 Vgl. bspw. Gassert, Philipp: Deutschlands Parteiensystem wird normal, in: Die Zeit, 02.11.2018. Die ersten beiden Kapitel der vorliegenden Studie sind in leicht veränderter Form bereits als Kurzstudie publiziert worden: Finkbeiner, Florian/Trittel, Katharina: Traditionslinien des Rechtsradikalismus in der politischen Kultur Niedersachsens. Ein historischer Problemaufriss, Göttingen 2019.

2 Vgl. Nachtwey, Oliver: Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne, Berlin 2016, S. 216ff.

die Problemwahrnehmung des Rechtsradikalismus in unserer Gesellschaft verändert, im selben Atemzug hat sich auch dessen Gestalt gewandelt, die es im Blick zu behalten gilt.³

Seit den 2010er Jahren vollziehen sich quer zu den tradierten gesellschaftlichen Konfliktlagen, die Sozialwissenschaftler auch als *Cleavages* bezeichnen, soziokulturelle Umbrüche, die irgendwann von Historikern im Nachhinein als völlig neue Ausprägung von »Krisen« und Spaltungslinien beurteilt werden könnten.⁴ In jedem Fall greifen derzeit ganz unterschiedliche Entwicklungen und Trends ineinander, die in ihrer Emergenz insgesamt die gesellschaftlichen Konfliktlinien verschieben. Die Erosion der Volksparteien, die nicht erst seit Kurzem begonnen hat, sondern schon weit vorangeschritten ist, ist lediglich das offensichtlichste Zeichen. Aktuell beobachten wir vor allem eine Verschiebung politischer Identifikationen der Bürger mit Parteien. Parteiidentitäten und -bindungen gehen schon seit Längerem zurück, auch die Mitgliedschaften sind rückläufig. Und noch etwas niedrigschwelliger angesetzt: Bürger wählen heutzutage ganz offensichtlich Parteien immer weniger aus Überzeugung. Daran leiden sie alle: von den Sozialdemokraten über die Christdemokratie bis zur LINKEN.

Ganz offensichtlich haben sich hier nicht bloß Mentalitäten verändert, sondern das Beziehungsverhältnis an sich hat sich gewandelt. Es ist nicht einfach nur das Vertrauen, das Bürger in »die« Politiker setzen, das sich auf einem historischen Tiefstand befindet. Mehr noch: Die Bürger versprechen sich einfach immer weniger von der Politik. Denn: Der heutige Wähler ist aufgrund von Individualitäts- und Flexibilitätsparadigmen vor allem ein »Kunde« auf dem Wählermarkt. »Der Kunden-Bürger schaut sich in den Regalen des politischen Angebots um, wählt aus, was seine Konsumbedürfnisse rasch und preiswert befriedet.«⁵ Ist der Bürger mit seinem gewählten Produkt unzufrieden, sucht er sich das nächste Mal eben ein anderes – und beschwert sich. Die historisch tradierten Polster, die Latenzzeit für Politik, der Spielraum für politisches Handeln haben sich also verschoben. Die selbstbewusst auftretenden Bürger wenden sich mit einer veränderten Erwartungshaltung an die Politik. Sie wollen eine »sofortige Bedürfnisbefriedigung«⁶ und gewähren kaum Aufschub.

Das mag an und für sich in Nuancen vielleicht nichts Neues sein, galt sicherlich auch schon für die Willy-Brandt-Wähler Ende der 1960er und Anfang der 1970er

3 Vgl. Trittelt, Katharina u.a.: Demokratie-Dialog. Die Arbeit des Instituts für Demokratieforschung im Rahmen der »Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen«, in: Demokratie-Dialog, H. 1 (2017), S. 2-9.

4 Vgl. Inglehart, Ronald F./Norris, Pippa: Trump, Brexit and the Rise of Populism: Economic Havnots and Cultural Backlash, Faculty Research Working Paper Series, Harvard 2016, S. 8.

5 Walter, Franz: Zeiten des Umbruchs? Analysen zur Politik, Stuttgart 2018, S. 10.

6 Ebd.

Jahre. Aber – und hier besteht die Schieflage, die das Problem verschärft –: Politik funktioniert heute anders als vor fünfzig Jahren. Sie ist komplexer geworden, bindet ganz neue Ebenen und Akteure ein, sodass der Aushandlungsspielraum für politische Entscheidungen wesentlich geschrumpft ist – was es umso schwieriger macht, die gesteigerten Erwartungen der Bürger an die Politik zu erfüllen: »Der Bürger, der es in seiner Rolle als Konsument gewohnt ist, dass sein je individuelles Bedürfnis prompt befriedigt wird, reagiert politisch verdrossen, da die Politik den Bürgern nicht geben kann, was diese als Konsumenten verlangen und als Partizipanten zugleich verunmöglichen.«⁷ All das verändert natürlich auch die Erwartungshaltungen und Bindungen der Bürger an Politik.

Das Phänomen des politischen Rechtsradikalismus⁸ gehört in seiner Grundausprägung als politische Bewusstseinsform – unerheblich, ob man dies nun begrüßt oder nicht – zum Bewusstseinshaushalt moderner Gesellschaft.⁹ In allen Gesellschaften gab und gibt es immer zumindest kleine Gruppen, die entsprechende politische Ansichten vertreten, weshalb die Auseinandersetzung damit auch als »never ending story«¹⁰ bezeichnet worden ist. Ganz in diesem Sinne sprachen die Soziologen Erwin Scheuch und Hans-Dieter Klingemann bereits in den 1960er Jahren davon, dass es immer einen gewissen Bodensatz an rechtsradikalen Einstellungen in Gesellschaften gebe, weshalb sie den Rechtsradikalismus auch als eine »normale Pathologie«¹¹ bezeichneten. Bis heute wird darüber gestritten, ob dieser

7 Ebd., S. 23.

8 Der Begriff »Rechtsextremismus« ist aufgrund seiner inflationären Verwendung schwammig. Als Ordnungsbegriff von Sicherheitsbehörden benutzt, meint »Rechtsextremismus« streng genommen die Überschreitung einer »demokratisch« legitimen Grenze, die wiederum an der freiheitlichen demokratischen Grundordnung (fdGO) festgemacht wird. Der Begriff wird aber teilweise auch als politische Einordnung verwendet, die sich – von der »Extremismustheorie« abgrenzend – nicht an einer solchen Grenzziehung mithilfe der fdGO orientieren will. Je nachdem, wie der Begriff verwendet wird, meint er also Unterschiedliches. In der vorliegenden Studie geht es weniger um die »randständigen« oder »außerhalb« des vermeintlich demokratisch-legitimen bzw. illegitimen Spektrums liegenden Positionen, sondern um die politischen Bewusstseinsformen, die gerade nicht derart eingeordnet werden, deren Definition unsererseits als »rechtsradikal« also der angesprochenen Begriffsdebatte gewissermaßen vorgelagert ist. Daher wird in dieser Arbeit von »Rechtsradikalismus« gesprochen, auch um diesen Unterschied bereits semantisch anzuzeigen. Unter »rechtsradikal« verstehen wir Positionen, die für autoritäre Politik- und Gesellschaftsvorstellungen stehen und dabei tendenziell antiliberal, völkisch, rassistisch und geschichtsrevisionistisch sind; vgl. hierzu auch Fetscher, Iring: Rechtes und rechtsradikales Denken in der Bundesrepublik, in: Ders. (Hg.): Rechtsradikalismus, Frankfurt a.M. 1967, S. 11–29, hier S. 13.

9 Vgl. Adorno, Theodor W.: Studien zum autoritären Charakter, Frankfurt a.M. 1995, S. 14.

10 Salzborn, Samuel: Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze, Baden-Baden 2014, S. 7.

11 Scheuch, Erwin K./Klingemann, Hans Dieter: Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften, in: Ortlieb, Heinz-Dietrich/Molitor, Bruno (Hg.): Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Tübingen, Bd. 12 (1967), S. 11–29, hier S. 13.

Bodensatz in quantitativen Zahlen zu beziffern sei – Scheuch und Klingemann gingen von knapp unter zehn Prozent aus. Aber sie bestimmten schon damals, dass das eigentliche Problem dabei weniger die Quantifizierung eines solchen Segmentes sei als die jeweilige soziokulturelle Konstituierung dieses Bodensatzes.

Seit Gründung der Bundesrepublik war der auf dieser Grundlage fußende Rechtsradikalismus eine »randständige, weithin einflusslose politische Subkultur«¹². Doch seine Konstituierung hat sich heutzutage gewandelt. Der Rechtsradikalismus zeigt sich aktuell nicht nur organisatorisch in variierenden Formaten, agiert gemäß verschiedenen Strategien, begünstigt und ermutigt auch aktionistische und gewaltbereite Gruppierungen sowie Kader – wie er es immer schon in unterschiedlicher Ausprägung getan hat –; vielmehr hat er inzwischen auch einen größeren gesellschaftlichen Resonanzraum; denn offensichtlich haben sich die Reichweite und Ausprägung dieses vermeintlichen Bodensatzes erweitert, sodass etwa die AfD inzwischen über ein ungemein großes Wählerpotenzial verfügt.

Betrachten wir also zunächst einmal ganz allgemein Rechtsradikalismus als politische Bewusstseinsform, so gilt aus Sicht von Sozialwissenschaftlern, vor allem die gesellschaftspolitischen Konstituierungsbedingungen und Ausprägungsformen in den Blick zu nehmen, die den potenziellen Hang zur Aktivierung und Verschärfung dieser latenten Bewusstseinsform gewissermaßen begünstigen.¹³ Die Frage ist also, wie dieser Bodensatz verfasst ist, welche strukturellen und kulturellen Mentalitätsbestände wie ausgeformt sind und welche potenziellen Polster diese gegen Krisenerscheinungen ausgebildet haben, um auch gegen rigore Agitatoren abfedernd wirken zu können. Denn ob ein politisches Phänomen auch zu einer dauerhaften Erscheinung wird, hängt von der Beschaffenheit des Resonanzbodens ab.

Diese Gemengelage ist in ihrer Überlagerung unterschiedlicher gesellschaftlicher Phänomene, politischer Tendenzen und kultureller Faktoren ungemein komplex und analytisch kaum sortierbar. Und auch mit Blick auf den weiter unten ausführlicher aufgeführten Forschungsstand kann festgehalten werden, dass die Forschung bezüglich der erwähnten Entwicklungen bislang keine zufriedenstellenden

12 Botsch, Gideon: Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis heute, Darmstadt 2012, S. 1.

13 Die Psychoanalyse sucht im prinzipiell brüchigen Charakter des bürgerlichen Individuums den »seelischen Mechanismus« (Fromm, Erich: Zum Gefühl der Ohnmacht, in: Zeitschrift für Sozialforschung, Jg. 6 (1937), S. 95–119, hier S. 96), also wie das Individuum mit dem »Gefühl der Ohnmacht« umgeht und wie es darauf reagiert. Demgegenüber kann sozialwissenschaftliche Forschung lediglich danach fragen, welche Formen der Deformationen soziokulturell zu dieser potenziellen nicht-individuellen Ohnmacht führen können bzw. vor welchem gesellschaftspolitischen Hintergrund die triebstrukturellen Kränkungen des Individuums in Projektionen, Kompensationen und Rationalisierungsbemühungen umschlagen können; vgl. in diesem Sinne bereits Adorno: Studien zum autoritären Charakter, S. 4, S. 12 u. S. 38.

Antworten geliefert hat und vor allem noch unzählige Einzelaspekte umstritten sind.

Aus diesem Grund haben wir uns dafür entschieden, einen Schritt zurückzutreten und den Blick zunächst auf einen einzelnen ausgewählten Aspekt zu richten, um die angesprochenen Fragen, Ambivalenzen und Dynamiken zu untersuchen. Diese Eingrenzung des Gegenstandes betrifft in einem ersten Schritt die geografische Begrenzung auf das Bundesland Niedersachsen. Zwar folgt diese Auswahl auch forschungspragmatischen Gründen; aber nicht zuletzt soll es ja um die tiefergehende Analyse der *soziokulturellen* Einbettung politischer Phänomene gehen – denn gerade im Wechselspiel von Konstituierungsbedingungen und Dynamiken des Rechtsradikalismus offenbaren sich teilweise erstaunliche Ambivalenzen. Und genau zu diesen Spannungen liegen letztlich viel zu wenige gesicherte Erkenntnisse vor; überdies klappt eine große Lücke in der Forschungslandschaft. Weil diese Grundspannung sicherlich überall in der Bundesrepublik vorhanden ist, sich lediglich lokalkulturell jeweils unterschiedlich formieren mag, kann nach ihr prinzipiell auch überall gesucht werden.

Um *ein* Beispiel für eine solche Ambivalenz aufzuzeigen, blicken wir nach Niedersachsen. Natürlich erfolgte die Auswahl dieser Region aus forschungsoperativen und -pragmatischen Gründen – schließlich wurde die »Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen« (FoDEx) zur Erforschung der historisch-kulturellen Entwicklung und deren Bedeutung für die Gegenwart ebenjenes Bundeslandes initiiert. Aber auch inhaltlich bietet sich diese Region aus guten Gründen an: Niedersachsen hat eine lange Tradition des politisch erfolgreichen Rechtsradikalismus – gelang doch hier über viele Jahre rechtsradikalen Strukturen, Organisationen und Assoziationen, sich zu vernetzen und ein tief in das kulturelle Leben hineinreichendes Wurzelwerk aufzubauen. Nicht ohne Grund bezeichnete die Historikerin Helga Grebing Niedersachsen einst als »Stammland des Nachkriegsrechtsradikalismus«¹⁴. Und auch der Historiker Bernd Weisbrod betonte diese kulturellen Bedingungen – habe es in Niedersachsen doch wie in kaum einer anderen Region Deutschlands »erstaunlich konstante [...] Hochburgen des Rechtsradikalismus vor und nach 1945«¹⁵ gegeben.

Zwar gibt es diese Performanz heute fraglos nicht mehr; doch bedeutet dies freilich nicht, dass die untergründigen Strukturen, Mechanismen und Verstrickungen sozialer Praktiken keinen Nährboden für rechtsradikale Formationen bilden

14 Grebing, Helga: Niedersachsen vor 40 Jahren. Gesellschaftliche Traditionen und politische Neuordnung, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte, Bd. 60 (1988), S. 213–227, hier S. 224.

15 Weisbrod, Bernd: Das 20. Jahrhundert in Niedersachsen. Eine Einführung, in: Ucker, Bernd Ulrich u.a. (Hg.): Niedersächsische Geschichte, Göttingen 1997, S. 497–510, hier S. 502.

und bleiben können – schließlich ist der Erfolg der AfD in seiner gesamten Erscheinung ein Phänomen, das bis vor Kurzem kaum vorstellbar schien. Und auch die gesellschaftlichen Eruptionen, Dissonanzen und Ambiguitäten, die gerade seit der sogenannten Flüchtlingskrise 2015 offenbar werden, hätte man 2010 noch kaum für denkbar gehalten.

Freilich: Die verdichteten Momente der Aggressivität und des teils leichtfüßigen Umschlagens in Gewalt finden sich derzeit verstärkt in ostdeutschen Regionen. Aber eben nicht nur. Auch in Niedersachsen stoßen wir auf Anzeichen für potenzielle Hochburgenregionen¹⁶ der AfD, für sich verstetigende Strukturen rechtsradikaler Kräfte, für neue Möglichkeits- und Spielräume rechtsradikaler Demonstrationspolitik, aber auch für vereinzelte eruptive Gewaltausbrüche, wie etwa den Anschlag auf eine Unterkunft von Geflüchteten in Salzhemmendorf im August 2015. Und doch zählt zu diesen Ambivalenzen eben auch, dass bspw. die AfD auf der einen Seite in bestimmten Regionen elektoral teils erheblich schlechter abschnitt, als die eigentlich günstigen Ausgangsbedingungen erwarten ließen; auf der anderen Seite erzielte sie jedoch in anderen Regionen, unter anderen Voraussetzungen dann auch in Niedersachsen teils überraschend hohe Stimmenanteile – wie etwa in Salzgitter, Delmenhorst oder Wilhelmshaven.¹⁷

Diese Diagnose verstärkt grundlegend das Bedürfnis nach tiefergehenden Untersuchungen lokalkultureller Bedingungen für politischen Rechtsradikalismus. Das Forschungsinteresse hierzu hat in den letzten Jahren also aus guten Gründen deutlich zugenommen.¹⁸ Die „Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen“ (FoDEx) untersucht diese Dynamiken zunächst einmal im Kleinen. Sie möchte das weite Feld von Themengebieten und potenziellen Gegenständen – fokussiert auf Niedersachsen – sondieren und grundlegende Voraussetzungen, Bedingungen und Mechanismen sowie Ausdrucksformen rechtsradikalen Potenzials extrapolieren.

16 Der Begriff »Hochburg« ist inhaltlich vage und analytisch umstritten. Wir verwenden ihn in dieser Arbeit, um damit Gebiete und Regionen zu beschreiben, in denen eine Partei relativ konstant hohe Wahlerfolge erzielt, organisatorisch vernetzt und lokalkulturell verankert ist.

17 Vgl. Finkbeiner, Florian: Mächtiges Überraschen. Die Crux des AfD-Erfolges am Beispiel der Landtagswahl in Niedersachsen 2017, in: Demokratie-Dialog, H. 2 (2018), S. 80–86.

18 Beispielsweise die sogenannte Sozialraumanalyse; vgl. Quent, Matthias/Schulz, Peter: Rechtsextremismus in lokalen Kontexten. Vier vergleichende Fallstudien, Wiesbaden 2015; Luzar, Claudia: Rechtsextremismus im sozialräumlichen Kontext. Viktimisierung durch rechtsextreme Gewalt und raumorientierte Opferberatung, Schwalbach/Ts. 2015.

1.1 Forschungsfrage

Eine historische Beschreibung erscheint zielführend, um langfristig an die Tiefendimensionen der Entstehungsbedingungen von politischem Rechtsradikalismus heranzukommen und gesellschaftliche Tendenzen in ihrer Emergenz valide auszuloten. Gerade deshalb geht es vor allem um den Einfluss politischer, lokaler und medialer Konjunkturen. FoDEX zielt langfristig darauf ab, die Entwicklung von Einstellungsmustern, Konjunkturen politischer Tendenzen sowie Anknüpfungsmöglichkeiten rechtsradikalen Gedankenguts gleichsam unter einem Brennglas zu analysieren.¹⁹ Vor diesem Hintergrund versteht sich die vorliegende Studie als erster explorativer Schritt auf diesem Weg.

Diesen Überlegungen folgend wird der Untersuchungsgegenstand dieser Studie zunächst eingegrenzt auf die Wechselwirkung zwischen rechtsradikalen Phänomenen und lokalkultureller Mehrheitsgesellschaft (besonders hinsichtlich lokaler Akteure und Institutionen in ausgewählten Fällen in Niedersachsen). Denn immer wieder fällt auf, dass in lokalpolitischen Kontexten gewisse politische Phänomene rechts der Mitte von der Lokalpolitik und der Bürgerschaft auf ganz unterschiedliche Weise verhandelt werden. Diese Unterschiede existieren nicht nur – wie auf den ersten Blick ersichtlich – zwischen Ost- und Westdeutschland; bei genauerem Hinsehen zeigen sie sich auch im kleinen regionalen Vergleich. Insofern gehen wir mit unserem explorativen Design und aufgrund bisheriger Erfahrungen in Projekten mit politischer Kulturforschung davon aus, dass diese unterschiedlichen Aushandlungsmodi gesellschaftlicher Phänomene und Konflikte selbst wiederum Einfluss auf die neuerlichen Bedingungen rechtsradikaler Phänomene haben.

Denn nicht zuletzt prägen die öffentliche Artikulation politischer Meinungen, Wortmeldungen wie Kritik oder auch Proteste den gesellschaftlichen Konfliktbewältigungsmodus. Sie sind historisch gewachsener Alltag in Deutschland und haben damit – ob sie auf der vermeintlich »guten« Seite stehen oder ob sie vermeintlich »undemokratische Ziele« verfolgen, ist dabei zweitrangig – auch Bedeutung für das zeitspezifische Verständnis von politischer »Normalität« und sind damit Teil des demokratischen Selbstverständigungsprozesses, wie der Historiker Philipp Gassert in seinem Buch »Bewegte Gesellschaft«²⁰ überzeugend dargelegt hat.

Immer wieder trugen Partizipationsströme und gesellschaftliche Eruptionen dazu bei, Repräsentationslücken aufzuzeigen und geänderte Ansprüche zu offenbaren, sodass sie »Fermente für rechtzeitige systemimmanente Innovation«²¹ sein

19 Vgl. Trittel u.a.: Demokratie-Dialog, S. 8f.

20 Gassert, Philipp: *Bewegte Gesellschaft. Deutsche Protestgeschichte seit 1945*, Stuttgart 2018, S. 11f. u. S. 29.

21 Walter: *Zeiten des Umbruchs?*, S. 19.

konnten, da die Politik hierauf reagierte und diese geänderten Ansprüche und Forderungen aufnehmen konnte, sich dadurch modernisierte. Doch dieses lokalspezifische Verständnis von »Normalität« prägt wiederum aus seinem eigenen Normkorsett heraus den Grad an politischer Radikalität im politisch legitimen und akzeptierten Normspektrum und ob ein politischer Impuls als Affront gegen die etablierte Stadtgesellschaft oder gar als »Gefahr für die Demokratie« empfunden wird. Derlei Spannungen und Deutungskämpfe sind von weitreichender Bedeutung – prägen sie doch die weiteren Erfolgsbedingungen für bestimmte Kräfte entscheidend mit, wie sich gerade in der Frühphase von PEGIDA in Dresden zeigte, als sich die neue Protestgemeinschaft konstituierte und anfangs durch ihr Image als bürgerschaftliches Engagement und nicht als rechtsradikale Bewegung ordentlichen Zulauf aus altbürgerlichen Kreisen der Dresdner Bürgerschaft erhielt.²²

Insofern können lokalkulturelle Verhandlungs- und Aushandlungsformen eine ungemeine Bedeutung für die Dynamik rechtsradikaler Agitation haben. Doch auch umgekehrt können regionale Normstrukturen zugleich ungemein hemmend wirken, beispielsweise dabei helfen, den öffentlichen Artikulationsversuch kleiner rechtsradikaler Gruppierungen von vornherein zu unterbinden oder in kürzester Zeit eine verhältnismäßig große Mobilisierung von Gegenprotesten zu begünstigen. In diesem Wechselspiel und in dieser steten Spannung haben lokalkulturelle Verhandlungsformen sowie ihre spezifischen lokalpolitischen Kontexte zumindest einen mitentscheidenden Einfluss auf die jeweilige Performanz rechtsradikaler Mentalitäten und Bewusstseinsformen.

Aber freilich haben sie zugleich bloß eine begrenzte Bedeutung, sind nicht alleine entscheidend. Insofern betrachten wir im Folgenden lediglich einen kleinen Ausschnitt des politisch-kulturellen Lebens, doch erhoffen wir uns hierdurch dennoch erste Rückschlüsse auf eventuelle vom Einzelfall ausgehende Verallgemeinerungen. Aus diesem Grund steht in der nachfolgenden Untersuchung an ausgewählten lokalkulturellen Fällen die Art und Weise im Vordergrund, wie lokale Akteure auf rechtsradikale Ereignisse, Gruppen oder Phänomene reagieren und welchen Umgang sie mit ihnen finden.

In der Forschung zur Kulturosoziologie und Kommunalpolitik wird immer wieder hervorgehoben, welch nicht zu unterschätzende Bedeutung die kommunale Selbstverwaltung für das Gemeinwesen und die Strukturierung des Alltags sowie dessen prägendes Normkorsett habe. Schließlich sind lokale Gemeinschaften in

22 Dies bestätigte sich auch in der soziostrukturellen Teilnehmerzusammensetzung im zeitlichen Verlauf, als PEGIDA dieses bürgerliche Image gänzlich verlor und sich radikalisierte; vgl. Geiges, Lars/Marg, Stine/Walter, Franz: PEGIDA. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft?, Bielefeld 2015; Schenke, Julian u.a.: PEGIDA-Effekte? Jugend zwischen Polarisierung und politischer Unberührtheit, Bielefeld 2018, S. 49ff.

ihrer Konstituierung zwiespältig, doch hat die politische Verhandlung vor Ort einen mitentscheidenden Anteil an der Performanz der sozialen Eigenschaften lokaler Lebenswelten.²³ Denn gleichzeitig kann auch der jeweils eingespielte Umgang mit politischen Phänomenen auf das lokalkulturelle Selbstverständnis der Bürgerschaft zurückwirken. Ohne dabei vorschnell von spezifischen Zusammenhängen auszugehen, möchten wir in lokalen Fallstudien zugleich nach den lokalen Kontexten und Konstituierungsbedingungen der jeweiligen rechtsradikalen Phänomene suchen und Mechanismen systematisieren.

1.2 Politische Kulturforschung

In den vergangenen Jahren haben die Bedeutung und das Verständnis »politischer Kultur« für demokratische Gesellschaften zugenommen. Dabei wird »politische Kultur« als Bindeglied zwischen Bürgern und politischem System verstanden, das eine Art Verhandlungsraum demokratischer Resilienz bildet.²⁴ In Anlehnung an die US-amerikanischen Politikwissenschaftler Gabriel Almond und Sidney Verba, die dieses Verständnis von »politischer Kultur« und »Politische Kulturforschung« popularisierten, findet diese Auffassung heute weite Verbreitung; denn sie ermöglicht eine quantifizierbare und dadurch operationalisierbare analytische Sicht auf den Mechanismus der politischen Einstellungsebene und Stabilität politischer Systeme. Diese Tradition Politischer Kulturforschung, die sich bis heute auch auf die Arbeiten von David Easton und seinen Ansatz demokratischer Unterstützung bezieht, findet sich auch in der sogenannten Rechtsextremismusforschung. Das operationalisierbare Konzept der »politischen Kultur« wird in dieser Tradition als Erklärungsfaktor für den Rechtsradikalismus herangezogen.²⁵ Letzterer stellt in dieser Perspektive eine Art Störfaktor in der Sozialisation von Menschen oder eine Aneinanderreihung quantifizierbarer Bedeutungsgehalte dar, die der Soziologe Thomas Herz in diesem Sinne bezeichnenderweise als »Basiserzählung« beschrieben

23 Vgl. Holtmann, Everhard/Rademacher, Christian/Reiser, Marion: Kommunalpolitik. Eine Einführung, Wiesbaden 2017, S. 4f.

24 Vgl. Lange, Hendrik: Determinanten der Demokratiezufriedenheit. Einfluss ökonomischer Faktoren auf die politische Kultur in der BRD, Wiesbaden 2018, S. 2.

25 Vgl. Klein, Anna/Sitzer, Peter/Heitmeyer, Wilhelm: Politische Kultur und Rechtsextremismus, in: Melzer, Wolfgang/Tippelt, Rudolf (Hg.): Kulturen der Bildung. Beiträge zum 21. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft, Opladen 2009, S. 109-123; Becker, Reiner: Wenn abstrakte Items auf die Wirklichkeit der Stammtische treffen. Die lokale politische Kultur als begünstigender Faktor für die Herausbildung von Rechtsextremismus, in: Frindte, Wolfgang u.a. (Hg.): Rechtsextremismus und »Nationalsozialistischer Untergrund«. Interdisziplinäre Debatten, Befunde und Bilanzen, Wiesbaden 2016, S. 443-461.

hat. In dieser Sichtweise müsse lediglich die spezifische »Veränderung der Basiserzählung«, also der politischen Kultur vor Ort, gesucht werden, um Auswüchse des Rechtsradikalismus erklären zu können, womit Herz explizit auf die »Attacken deutscher Jugendlicher auf Asylbewerber« abzielt.²⁶

Ganz unabhängig davon, welche Erklärungskraft dieser Ansatz auch haben mag: Unser Verständnis von Politischer Kulturforschung unterscheidet sich davon grundlegend. Kurz gesagt: FoDEX arbeitet mit den Methoden des Göttinger Instituts für Demokratieforschung, die vor allem die Bedeutung der Politischen Kultur für die Konstituierung politischer Phänomene und deren historisch-kritische Einordnung hervorheben. Politische Kultur ist für uns nicht einfach nur ein Erklärungsfaktor unter anderen für Rechtsradikalismus, sondern der gesellschaftliche Austragungsort für Politik schlechthin. Und in diesem Ineinandergreifen unterschiedlicher Prozesse, Entwicklungen und Tendenzen in der politischen Kultur insgesamt können gewisse Dynamiken eine Art Folie und einen Resonanzraum für bestimmte politische Vorstellungen und Bewusstseinsformen bilden oder diese begünstigen. Aus diesem Grund schließen wir uns in unserem Verständnis von Politischer Kultur vor allem dem Politikwissenschaftler Karl Rohe an, der mit seinem Zugang und mit spezifischem Einfühlungsvermögen in geschichtlich-gesellschaftliche Prozesse die Bedeutung von Mentalitäten wie kaum ein anderer geprägt hat.²⁷

Rohe versucht, in der Politischen Kultur – im Schnittfeld von Politik und Kultur – in historischen und gegenwärtigen Gesellschaften auftretende Probleme und Phänomene zu kontextualisieren.²⁸ In diesem Sinne wird Politische Kultur verstanden als »objektiv-geistiger Strukturzusammenhang«²⁹, also als das gesamtgesellschaftliche Ineinandergreifen von Sozial- und Deutungskultur. Es geht dabei um die Verbindung von Einstellungen (klassische Soziokultur) mit der übergeordneten, die Einstellungen prägenden Metakultur als neuer Form der Deutungskultur.³⁰ Rohe betont daher gerade für die Analyse dieser je spezifisch ausdifferenzierten Metakultur die Eigenheiten von Regionen: Jede Region, so Rohe, habe ih-

26 Herz, Thomas A.: Rechtsradikalismus und die »Basiserzählung«. Wandlungen in der politischen Kultur Deutschlands, in: Falter, Jürgen W./Jaschke, Hans-Gerd/Winkler, Jürgen R. (Hg.): Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, Opladen 1996, S. 485-501, hier S. 485.

27 Grundlegend Rohe, Karl: Politische Kultur und der kulturelle Aspekt von politischer Wirklichkeit. Konzeptionelle und typologische Überlegungen zu Gegenstand und Fragestellung Politischer Kultur-Forschung, in: Berg-Schlosser, Dirk/Schissler, Jakob (Hg.): Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung, Opladen 1987, S. 39-48.

28 Vgl. Rohe, Karl: Politische Kultur und ihre Analyse. Probleme und Perspektiven in der Politischen Kulturforschung, in: Historische Zeitschrift, Bd. 250 (1990), S. 321-346.

29 Rohe, Karl: Politik. Begriffe und Wirklichkeiten: Eine Einführung in das politische Denken, Stuttgart 1994, S. 162.

30 Vgl. Rohe, Karl: Wahlen und Wählertradition in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a.M. 1992, S. 17.

re eigene verdichtete Erfahrung, eigene Gewohnheiten, Rituale, Traditionen, also: kulturelle Sinnbezüge. Und daher könne sich für einzelne Regionen auch jeweils eine unbewusste Lebensweise ausprägen, die wiederum auf die Soziokultur rückzuwirken vermöge, also als »regionales Residuum« verbleibe oder sich eben auch mit der Zeit auflöse. Rohes Perspektive will dem je spezifischen »Geheimnis«³¹ einer Region zumindest näher kommen, um die jeweilige Mentalität zu verstehen. Karl Rohe versteht dabei Mentalität in Anlehnung an Max Weber als eine »mentale Auskristallisierung von Kultur«³², also als die Gesamtheit der Sinnbezüge in der Deutungskultur spezifischer Milieus.

Diese Auffassung von Politischer Kultur unterscheidet sich grundlegend von anderen Kultur-Ansätzen, da Rohe Kultur in mehreren Dimensionen denkt: Politische Kultur ist statisch und dynamisch zugleich, kann sich unter bestimmten Bedingungen leichtfüßig wandeln, aber ebenso ungemeine kulturelle Beharrungskräfte und Resilienzen besitzen, die polsternd gegen politische Verheißungen wirken können.³³ Genau diesen tieferreichenden Vorstellungsmustern, die unter der Oberfläche messbarer Einstellungen liegen und sich zu einem Sinnzusammenhang verbinden, soll in dieser Studie explorativ zumindest ansatzweise nachgespürt werden.³⁴ Dabei versteht sich von selbst, dass eine solche Erfassung aufgrund ihrer Komplexität an dieser Stelle zunächst lediglich in Auszügen erfolgen kann. Insofern versteht sich diese Studie als erster Aufschlag, der zwar nicht sämtliche Mechanismen, Sinnbezüge und tiefenanalytischen Dynamiken zu erfassen vermag, für das genauere Verständnis der Politischen Kulturen gleichwohl erste Besonderheiten, Auffälligkeiten, Zusammenhänge und weitere Forschungsfragen eruiert.

Aus diesem Grund gehen wir auch nicht von einer normativ korrekten, zweifelsfrei institutionenstützenden politischen Kultur aus, sondern von der bundesrepublikanischen Demokratie als ständig in Bewegung befindlichem, von ihren Bürgern stets (mit-)geformtem Prozess, in dessen Verlauf unterschiedlichste Auffassungen politischer Kultur miteinander ringen. So blicken wir auch nicht eindimensional auf Aktivist*innen und Bewegungen, sondern beziehen die damit untrennbar verbundenen Interaktionsdynamiken und Wechselwirkungen mit der Mehrheitsgesellschaft ein, mit dem jeweiligen lokalen Umfeld, der medialen Öffentlichkeit, den Reaktionsweisen und Strategien staatlicher, polizeilicher und geheimdienstlicher Behörden sowie weiterer gesellschaftlicher Institutionen.

31 Ebd., S. 11.

32 Ebd., S. 16.

33 Lösche und Walter zufolge dürfe das »Milieu« aber auch nicht idealisiert oder mythologisiert werden; vgl. Lösche, Peter/Walter, Franz: Katholiken, Konservative und Liberale: Milieus und Lebenswelten bürgerlicher Parteien in Deutschland während des 20. Jahrhunderts, in: Geschichte und Gesellschaft, Jg. 26 (2000), S. 471-492, hier S. 472.

34 Vgl. Rohe: Politische Kultur und der kulturelle Aspekt von politischer Wirklichkeit, S. 39f.

In diesem Punkt zeigen sich deutliche Überschneidungen in der Perspektive der Politischen Kulturforschung nach Karl Rohe und der Auseinandersetzung mit »Rechtsextremismus« nach dem Erziehungswissenschaftler Peter Dudek und dem Politikwissenschaftler Hans-Gerd Jaschke. Insofern orientiert sich unsere Arbeit intentional an beiden Forschungssträngen, sucht hier nach Anknüpfungspunkten und Impulsen für die Analyse des empirischen Materials. Im Vordergrund dieser Perspektive der Rechtsextremismusforschung stehen die historisch entwickelten und kulturell geprägten Strukturen einer Gesellschaft als maßgeblicher Ansatzpunkt zur Erklärung von »Rechtsextremismus«.³⁵ Der Politische Kulturansatz rekurriert auf die gesellschaftlichen Wert- und Normvorstellungen, die das Verhältnis von Rechtsradikalismus und gesellschaftlicher »Mitte« bestimmen bzw. die Ausbreitung (oder auch Zurückdrängung bzw. zumindest Einhegung) rechtsradikaler Einstellungen vom demokratischen Kern einer Gesellschaft abhängig machen.

Ausgangspunkt ist die These, dass »Rechtsextremismus« nicht adäquat erklärt werden könne, sofern nicht sowohl historische Perspektiven als auch organisationssoziologische und interaktionstheoretische Dimensionen in die Analyse miteinbezogen würden.³⁶ Damit geht es weniger um eine phänomenologische, positivistische und akteurszentrierte Betrachtung des Rechtsradikalismus als darum, diesen als »strukturelles Problem«³⁷ zu analysieren. Es geht besonders um die Gemengelage, in der sich politische Lager rechts der Mitte innerhalb des politisch-gesellschaftlichen bzw. politisch-kulturellen Kontextes befinden: In diesem Feld sind die Wechselwirkungen zwischen dem politischen Handlungssystem, dem kulturellen System und der Bevölkerung zu beachten.³⁸ Diese »gesamtgesellschaftliche Sichtweise« möchte »das Schwergewicht auf den *Beziehungsaspekt* legen, der die rechtsradikalen Subkulturen mit gesellschaftlichen Institutionen, Sichtweisen und Reaktionsformen verbindet«; und damit wird »Rechtsextremismus« »als *Problem der politischen Kultur*« betrachtet.³⁹

Dudek und Jaschke sehen die sogenannte Politische Kultur als »strukturelle Konfliktlage«⁴⁰, die eine offen-aufgeklärte Auseinandersetzung mit dem Problem des »Rechtsextremismus« behindere, diesen vielmehr offen ausgrenze. Damit werde ein Spannungsbogen eröffnet – zwischen den offen rechtsextremen Trägern

35 Vgl. Dudek, Peter/Jaschke, Hans-Gerd: Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Zur Tradition einer besonderen politischen Kultur, Bd. 1, Opladen 1984, S. 17ff.; auch Salzborn: Rechtsextremismus, S. 105.

36 Vgl. Dudek/Jaschke: Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, S. 17ff.

37 Ebd., S. 31.

38 Vgl. ebd., S. 30.

39 Ebd., S. 167 (alle Herv. i. O.).

40 Ebd., S. 173.

(die ausgegrenzt werden) und den politischen Orientierungen der Mehrheitsgesellschaft bzw. den immanent angelegten Dispositionen, die zwar nach außen hin gemäßigt erscheinen, aber in Krisenlagen eben doch anschlussfähig für rechtsradikale Barden sein können. Insofern müssen auch die Ausgrenzungsstrategien und deren kulturelle, soziale sowie politisch institutionalisierte Träger analysiert werden.⁴¹

Dieser Ansatz legt zunächst den Schwerpunkt auf den »Umgang mit Rechtsextremismus«⁴², um die Ereignisketten von Hysterie, vermeintlich demokratischem Abwehrreflex und moralischem Argumentieren gegen »Rechtsextremismus« zu analysieren. Insofern betont diese Perspektive die Ambivalenz der Politischen Kultur, da so der Rechtsradikalismus nicht nur seine Ursache in der Kultur findet, sondern auch seine Dynamik bzw. demokratietheoretische Problematisierung überhaupt erst in der spezifisch gesellschaftlichen Einbettung und Verhandlung gewinnt – und damit zum Teil eben auch im Umgang mit Rechtsradikalismus in der Politischen Kultur.

An diese Sichtweise soll unser Forschungsvorhaben anschließen: Denn wir suchen den Resonanzboden der Deformation, den Untergrundstrom autoritärer Politikvorstellungen; und wir suchen nach Verhandlungsmodi, wie auf die Deformationen reagiert wird, was dort passiert und wie sich diese politischen Tendenzen weiterentwickeln. Denn ohne Frage: Die »Erwartungs- und Repräsentanzvakua« haben den Spielraum für neue politische Kräfte und Formationen vergrößert, haben auch autoritären Politikangeboten neue Attraktivität verliehen, nicht zuletzt auch für »rigide Nationalegozentriker weit rechts der republikanischen Mitte«.⁴³ Wir fragen nun danach, wie das gesellschaftlich-kulturelle Feld politischen Bewusstseins bestellt ist – zumindest in dem Rahmen, in welchem wir es im regionalen und kommunalen Umfeld am Beispiel des politischen Umgangs mit rechtsradikalen Phänomenen in Niedersachsen erschließen können.

1.3 Forschungsstand

Das Thema »Rechtsextremismus« im Allgemeinen ist in der Forschung ein Fass ohne Boden. Ganze Bibliothekswände sind mit einschlägigen Publikationen gefüllt. Wenn man überhaupt von *einer* »Rechtsextremismusforschung« sprechen kann, so ergibt sich bei näherer Betrachtung, dass sich dieses Forschungsfeld vor allem dadurch auszeichnet, ein Sammelsurium an interdisziplinären, kaum subsumierbaren Ansätzen zu sein, die sich – streng genommen – oft gegenseitig nicht ergänzen,

41 Vgl. ebd., S. 172.

42 Ebd., S. 486 (Herv. i. O.).

43 Walter: Zeiten des Umbruchs?, S. 204.

sondern ausschließen.⁴⁴ Diese Ambiguität zeigt sich schon auf den ersten Blick allein an der namensgebenden Begrifflichkeit. Die Kontroverse über den Begriff »Rechtsextremismus« zwischen ordnungspolitischem Kategorisierungs- und analytischem Strukturbegriff verläuft quer durch die politischen Lager.⁴⁵

Allerdings lassen sich in dem weiten Forschungsfeld bestimmte Schneisen schlagen, um den Forschungsstand zu systematisieren: *Erstens* steht in unserem Zusammenhang nicht das Phänomen des »Rechtsextremismus« an sich im Vordergrund, sondern wir zielen auf die untergründigen gesellschaftlichen Resonanzschwellen, wie sie sich in der gesellschaftlichen Verhandlung des »Rechtsextremismus« zeigen. Aus diesem Grund müssen nicht alle theoretischen Auseinandersetzungen über Facetten, Deutungsebenen oder Interpretationsansätze gesondert aufgeführt werden, sondern es genügt, auf diese in der Diskussion der empirischen Ergebnisse einzeln zurückzugreifen.⁴⁶ *Zweitens* grenzt sich der Forschungsstand insofern weiter ein, als empirische Forschungen zum Komplex »Rechtsextremismus« tendenziell losgelöst von theoretischen Auseinandersetzungen betrieben werden und sich diese oftmals auf einzelne Phänomene wie Gruppen, Parteien oder subkulturelle Strukturen konzentrieren.⁴⁷ Inzwischen existieren zwar einige Studien zu »Rechtsextremismus« in einzelnen Bundesländern oder Regionen, doch ist deren Anzahl *grosso modo* noch überschaubar.⁴⁸ Fragt

44 Um den Überblickscharakter zu wahren, orientiert sich diese grobe Einteilung an Winkler, Jürgen R./Jaschke, Hans-Gerd/Falter, Jürgen W.: Einleitung: Stand und Perspektiven der Forschung, in: Dies. (Hg.): Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, Opladen 1996, S. 9-21; Salzborn: Rechtsextremismus; Pfahl-Traughber, Armin: Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, München 2006; Birzer, Markus: Rechtsextremismus – Definitionsmerkmale und Erklärungsansätze, in: Mecklenburg, Jens (Hg.): Handbuch deutscher Rechtsextremismus, Berlin 1996, S. 72-83; Stöss, Richard: Forschungs- und Erklärungsansätze – ein Überblick, in: Kowalsky, Wolfgang/Schroeder, Wolfgang (Hg.): Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz, Opladen 1994, S. 23-66; Stöss, Richard: Rechtsextremismus im Wandel, Berlin 2010.

45 Vgl. Neugebauer, Gero: Extremismus, Rechtsextremismus, Linksextremismus: Einige Anmerkungen zu Begriffen, Forschungskonzepten, Forschungsfragen und Forschungsergebnissen, in: Schubarth, Wilfried/Stöss, Richard (Hg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Bonn 2000, S. 13-37; Virchow, Fabian: »Rechtsextremismus«: Begriffe, Forschungsfelder, Kontroversen, in: Ders./Langebach, Martin; Häusler, Alexander (Hg.): Handbuch Rechtsextremismus, Wiesbaden 2016, S. 5-41; Grimm, Marc: Rechtsextremismus. Zur Genese und Durchsetzung eines Konzepts, Weinheim/Basel 2018.

46 Zum Überblick vgl. Frindte, Wolfgang u.a.: Ein systematisierender Überblick über Entwicklungslinien der Rechtsextremismusforschung von 1990 bis 2013, in: Dies. (Hg.): Rechtsextremismus und »Nationalsozialistischer Untergrund«. Interdisziplinäre Debatten, Befunde und Bilanzen, Wiesbaden 2016, S. 25-96; Stöss: Rechtsextremismus im Wandel.

47 Vgl. Virchow, Fabian/Langebach, Martin/Häusler, Alexander (Hg.): Handbuch Rechtsextremismus, Wiesbaden 2016.

48 Auf diese wird weiter unten noch genauer eingegangen.

man damit zusammenhängend *drittens* wiederum nicht nach der potenziellen Virulenz eines sogenannten Rechtsextremismus, sondern richtet den Blick auf das Verhalten, den Umgang und die Reaktionen vor Ort, also *auf* »Rechtsextremismus«, verringert sich das Ausmaß bisheriger Forschungserkenntnisse nochmals erheblich.

Die Kombination einer sogenannten Politischen Kulturforschung mit der Erforschung des Rechtsradikalismus ist aufgrund der Diffusität und Beliebigkeit des Begriffs der Politischen Kultur streng genommen kaum verbreitet. Wie bereits beschrieben, finden sich zwar einige Überlegungen zum Zusammenhang dieser Dimensionen; doch wird politische Kultur weithin tendenziell als statisches Konstrukt und abstrakter Erklärungsfaktor angesehen.⁴⁹ Versteht man hingegen politische Kultur als dynamische gesellschaftliche Dimension, in deren Wechselwirkung das Phänomen »Rechtsextremismus« eingebettet ist, fallen viele Forschungsarbeiten bereits aus dem Raster.⁵⁰ Diese Perspektive ist in den USA schon seit den 1950er Jahren weitverbreitet,⁵¹ in Deutschland haben – wie bereits erwähnt – vor allem Dudek und Jaschke versucht, diese Denkrichtung zu etablieren.⁵² Sie betonen besonders die Bedeutung der historisch entwickelten und kulturell geprägten Strukturen einer Gesellschaft als maßgeblichen Ansatzpunkt zur Erforschung des »Rechtsextremismus« und seiner Einbettung in gesellschaftliche Normvorstellungen.⁵³ Bis in die 1980er Jahre ist in verschiedenen Settings versucht worden, diese Perspektive weiterzuentwickeln – bspw. durch die Kombination von lokalen Milieustudien, politischen Kulturansätzen und der Erklärung rechtsradikaler

49 Andere Forschungsstränge, die mit einem Konzept der politischen Kultur operieren, fokussieren besonders auf die Einstellungsforschung. In der Diktion von Rohe entspricht dieses Verständnis von politischer Kultur allerdings allein der Ebene der Deutungskultur. Insofern unterscheiden sich hier die Auffassungen von Politischer Kulturforschung.

50 Dies problematisiert bereits Butterwegge, Christoph: Ambivalenzen der politischen Kultur, intermediäre Institutionen und Rechtsextremismus, in: Schubarth, Wilfried/Stöss, Richard (Hg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Bonn 2000, S. 292–313.

51 Vor allem durch den Ansatz eines »Extremismus der Mitte«; vgl. Lipset, Seymour Martin: Political Man. The Social Bases of Politics, London 1960. In dieser Tradition stehen auch die »Studien zum autoritären Charakter«, die zwar nicht mit diesen Begrifflichkeiten arbeiteten, aber durch die Einbeziehung der psychoanalytischen Theorie Freuds und der Betonung der kulturellen Einflüsse sowie Wechselwirkungen zwischen Persönlichkeitsstruktur und Einflüssen der Sozialisation ebenfalls intentional ein solches Programm analysierten; vgl. Adorno: Studien zum autoritären Charakter.

52 Vgl. Dudek/Jaschke: Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik; Minkenberg, Michael: Die neue radikale Rechte im Vergleich: USA, Frankreich, Deutschland, Opladen 1998.

53 Salzborn bemerkt, dass diese Grundüberlegung in der Rechtsextremismusforschung zwar weitverbreitet sei, aber in der öffentlichen Debatte kaum vertreten werde, da die »demokratische Mitte« damit nicht *eo ipso* losgelöst von einem randständigen »Rechtsextremismus« betrachtet werde; Salzborn: Rechtsextremismus, S. 110.

Wahlerfolge.⁵⁴ Allerdings hat sich daraus in Deutschland keine eigenständige Forschungstradition entwickelt.⁵⁵ Residuen dieses »Forschungsansatzes« finden sich lediglich noch rudimentär in der psychoanalytischen, teils sozialpsychologischen und sozialisationstheoretischen Forschung, die heutzutage allerdings weitgehend unabhängig von sozialwissenschaftlichen Forschungsansätzen operiert.⁵⁶

Unabhängig davon hat in den vergangenen Jahren das Interesse an empirischen Studien über »Rechtsextremismus« in regionalen und lokalen Zusammenhängen zugenommen.⁵⁷ Dabei fällt vor allem die Varianz der kleinteiligen Ansätze ins Auge: Auf der einen Seite stehen Studien, die gewisse Regionen aufgrund der Performanz rechtsextremer Phänomene in der Öffentlichkeit auswählen. In diesen Analysen steht die Bedeutung des wechselseitigen Zusammenhangs politischer und kultureller Subsysteme im Vordergrund, weshalb oftmals einzelne Gruppen oder Teilkohorten – wie zum Beispiel Jugendliche – innerhalb eines Beziehungsgeflechts herausgegriffen werden.⁵⁸ Auf der anderen Seite versuchen vor allem aktu-

54 Vgl. Henning, Eike: Das sozialmoralische Milieu und seine Ausgestaltung vor Ort: die historische Wahlanalyse kleiner Gemeinden und Stimmbezirke, in: Best, Heinrich (Hg.): Politik und Milieu. Wahl- und Elitenforschung im historischen und interkulturellen Vergleich, St. Katharinen 1989, S. 119-154; Stöss, Richard: Rechtsextremismus in einer geteilten politischen Kultur, in: Niedermayer, Oskar/Beyme, Klaus v. (Hg.): Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland, Berlin 1994, S. 105-139.

55 Vgl. Clemenz, Manfred: Aspekte einer Theorie des aktuellen Rechtsradikalismus in Deutschland. Eine sozialpsychologische Kritik, in: König, Hans-Dieter (Hg.): Sozialpsychologie des Rechtsextremismus, Frankfurt a.M. 1998, S. 126-176, hier bes. S. 137-144.

56 Vgl. Oevermann, Ulrich: Zur soziologischen Erklärung und öffentlichen Interpretation von Phänomenen der Gewalt und des Rechtsextremismus bei Jugendlichen. Zugleich eine Analyse des kulturellen Syndroms, in: König, Hans-Dieter (Hg.): Sozialpsychologie des Rechtsextremismus, Frankfurt a.M. 1998, S. 83-125. Teilweise sind diese Dimensionen aber auch noch der interpretativen Sozialforschung, bspw. in Form von Biografie-Rekonstruktionen, verhaftet, wie dies häufig in der Analyse von jugendlichem Rechtsextremismus Anwendung findet; vgl. Sigl, Johanna: Biografische Wandlungen, ehemals organisierter Rechtsextremer. Eine biografieanalytische und geschlechterreflektierende Untersuchung, Wiesbaden 2018; Özsöz, Figen: Rechtsextremistische Gewalttäter im Jugendstrafvollzug. Der Einfluss von Jugendhaft auf rechtsextremistische Orientierungsmuster jugendlicher Gewalttäter, Berlin 2009; Nölke, Eberhard: Marginalisierung und Rechtsextremismus. Exemplarische Rekonstruktion der Biographie- und Bildungsverläufe von Jugendlichen aus dem Umfeld der rechten Szene, in: König, Hans-Dieter (Hg.): Sozialpsychologie des Rechtsextremismus, Frankfurt a.M. 1998, S. 257-278.

57 Vgl. Dülmer, Hermann/Ohr, Dieter: Rechtsextremistische Wahlabsicht und regionaler Kontext: Mehrebenenanalysen zur Rolle sozialer Milieus und regionaler Gruppenkonflikte in Deutschland, in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 49 (2008), H. 3, S. 491-517; Becker, Reiner/Hafenerger, Benno: Rechtsextremismus im ländlichen Raum – Im Spannungsfeld von politischer Bildung, Beratung und pädagogischer Arbeit mit rechten Jugendlichen, in: Deibel, Stefanie u.a. (Hg.): Soziale Arbeit in ländlichen Räumen, Wiesbaden 2012, S. 147-160.

58 Hierzu zählt etwa die Studie »Sozialpsychologie des Rechtsextremismus«, die in den 1990er Jahren Jugendliche in der Region Kärnten unter sozialpsychologischen Gesichtspunkten unter-

ellere Studien, regionale Kontextfaktoren zur Erklärung des »Rechtsextremismus« mithilfe sogenannter Sozialraumanalysen zu extrapolieren.⁵⁹

Dieser Forschungsstrang stellt auch für unser Vorhaben eine wichtige Basis dar – lassen sich damit doch Indikatoren und Grundüberlegungen zur Justierung eines Analyserahmens setzen, auf die später in der Auswertung zurückgegriffen werden kann. Allerdings kann unter dem Gesichtspunkt der Politischen Kulturforschung einem solchen Design nur eingeschränkt gefolgt werden; denn die Sozialraum-analyse erstrebt tendenziell die Erklärung eines vermeintlichen »Ist«-Zustands, während Politische Kulturforschung auf das Verständnis eines politisch-kulturellen Mentalitätswandels einer Region abzielt.⁶⁰ Oder einfacher ausgedrückt: Beide Vorgehensweisen folgen unterschiedlichen Logiken und haben jeweils verschiedene Perspektiven auf einen empirischen Gegenstand.

Uns geht es weniger sozialraumanalytisch um eine Positionsbestimmung rechtsradikaler Akteure innerhalb des Kontextes und deren Erklärung durch Extrapolation lokalkultureller Kontextfaktoren als um das wechselseitige Ineinandergreifen unterschiedlicher Strukturdimensionen innerhalb eines »objektiv-geis-

suchte; siehe Menschik-Bendele, Jutta/Ottomeyer, Klaus: Sozialpsychologie des Rechtsextremismus. Entstehung und Veränderung eines Syndroms, Opladen 1998; aber auch die Studie »Rechtsextremismus und sein Umfeld«, die in den 2000er Jahren Regionalanalysen in ökonomisch starken Regionen Baden-Württembergs durchführte. Dabei wurden unterschiedliche methodische Ansätze kombiniert, wie etwa ethnografische Beobachtungen, Fokusgruppen oder auch speziell an Jugendliche gerichtete quantitative Fragebögen; vgl. Held, Josef u.a.: Rechtsextremismus und sein Umfeld. Eine Regionalstudie und die Folgen für die Praxis, Hamburg 2008, S. 47. Siehe auch Baier, Dirk/Pfeiffer, Christian: Regionale Unterschiede im Rechtsextremismus Jugendlicher, in: Zeitschrift für Jugendkriminalität und Jugendhilfe, H. 2/2010, S. 135-145.

59 Vgl. Möller, Kurt: Regionale Bedingungsfaktoren des Rechtsextremismus aus sozialwissenschaftlicher und (sozial-)pädagogischer Perspektive, in: Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe, H. 2/2010, S. 159-164. Hierzu zählen v.a.: die Studie »Rechtsextremismus im lokalen Kontext«, die anhand von vier Fallstudien die regionalen Kontextfaktoren, die Angebotsstrukturen der extremen Rechten sowie die »rechtsextremen Geländegewinne« und dadurch auch die sogenannten Normalisierungseffekte untersucht (siehe Quent/Schulz: Rechtsextremismus in lokalen Kontexten); die Studie »Menschenfeindlichkeit in Städten und Gemeinden«, welche die sogenannte Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in sozialräumlichen Kontexten am Beispiel von Dortmund und Dresden untersucht (siehe Grau, Andreas/Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Menschenfeindlichkeit in Städten und Gemeinden, Weinheim/Basel 2013) sowie die Studie »Rechtsextremismus im sozialräumlichen Kontext« am Beispiel von Dortmund (siehe Luzar: Rechtsextremismus im sozialräumlichen Kontext). Noch positivistischer zu Thüringen vgl. Best, Heinrich u.a.: Topographie und regionale Kontextanalyse des Rechtsextremismus in Thüringen, Projektbericht KomRex, Jena 2017.

60 Vgl. Walter, Franz: Analyse von regionalen Teilkulturen im Zerfall – das Beispiel Sachsen. Göttinger Antwort auf Bochumer Kritik, in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 34 (1993), H. 4, S. 674-680.

tigen Strukturzusammenhangs«⁶¹ – also um die Erklärung gesellschaftlicher Bewusstseinsformen innerhalb der politischen Kultur. Kurzum: Für die Sozialraumanalyse ist Rechtsradikalismus primär eine bereits identifizierte Gefahr und ein klar sichtbarer Brandherd, dessen Ausbreitung und Ursachen lokalisiert werden sollen, weil sie einen vermeintlichen Bruch mit der »Normalität« darstellen.⁶² Für die Politische Kulturforschung ist Rechtsradikalismus hingegen ein latenter Mentalitätsstrom, der auch dann für Veränderung sorgt, wenn er gerade nicht organisiert, sichtbar und personalisiert identifizierbar ist; denn er ist Teil der lokalspezifischen politischen Kultur und damit eingebettet in die jeweilige sozial- wie deutungskulturelle Aushandlung einer vermeintlichen »Normalität«.

In den vergangenen Jahren ist die Bedeutung der kommunalen Auseinandersetzung und des lokalen Umgangs mit dem Phänomen des Rechtsradikalismus immer stärker hervorgehoben worden.⁶³ Allerdings ist zu konstatieren, dass sich diese Perspektive vor allem auf die Dimension der zivilgesellschaftlichen Auseinandersetzung konzentriert und den Umgang damit vor allem binär begreift: die vermeintlich rechtsradikale Erscheinung gegen die Zivilgesellschaft.⁶⁴ Doch gerät hierbei nur allzu leicht die Ambivalenz der Zivilgesellschaft per se aus dem Blick: Sowohl das Phänomen des Rechtsradikalismus als auch dessen politische Organisationsformen gehören nun einmal ebenso zur politischen Kultur wie zur »Zivilgesellschaft«. Denn fraglos erfüllen rechtsradikale subkulturelle Bewegungen die Minimalvoraussetzungen bürgerschaftlichen Engagements in der politischen Sphäre; doch zielen sie zumeist gerade nicht auf die Aspirationen der Zivilgesellschaftsapologeten ab. Vielmehr zeigen rechtsradikale Assoziationen, dass zivilgesellschaft-

61 Rohe: Politik, S. 162.

62 Dies zeigt sich allein schon daran, dass Sozialraumanalysen zumeist genau diejenigen Orte und Regionen untersuchen, in denen eine starke rechtsradikale Szene existiert, wie etwa Dortmund, Dresden oder etwas allgemeiner Thüringen.

63 Vgl. Klose, Bianca: Das Thema Flüchtlinge ist für Rechtsextreme zentral, in: Kuleša, Peter (Hg.): Land im Stress. Herausforderungen für sozialen Zusammenhalt und Demokratie in Deutschland, Weinheim/Basel 2016, S. 110–117, hier S. 113ff.; Klemm, Jana/Strobl, Rainer/Würtz, Stefanie: Die Aktivierung einer demokratischen Stadtkultur. Erfahrungen von zwei Kleinstädten im lokalen Umgang mit Rechtsextremismus, in: Klärner, Andreas/Kohlstruck, Michael (Hg.): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland, Hamburg 2006, S. 116–140; Krappidel, Adrienne: Verhalten rechtsextremer und demokratischer Kommunalpolitiker. Selbstwahrnehmung und Fremdwahrnehmung von Wählergemeinschaften und Parteien, Wiesbaden 2016; Gomolla, Mechthild/Kollender, Ellen/Menk, Marlene: Rassismus und Rechtsextremismus in Deutschland. Figurationen und Interventionen in Gesellschaft und staatlichen Institutionen, Weinheim/Basel 2018.

64 Vgl. Schellenberg, Britta/Becher, Martin: Zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rassismus und Rechtsextremismus, Schwalbach 2015; Hageneger, Benno/Schönfelder, Sven: Politische Strategien gegen die extreme Rechte in Parlamenten. Folgen für kommunale Politik und lokale Demokratie, Berlin 2007, S. 103ff.

liches Engagement als solches noch lange keine Stabilisierung demokratischen Gemeinwesens bedeutet, wie schon das Beispiel der Weimarer Republik belegt.⁶⁵

Zwar hat die Betonung der Bedeutung kommunaler Kontextfaktoren für die Entstehung und Entwicklung rechtsradikaler Phänomene insgesamt zugenommen; doch spielen kommunale Analysen zum Phänomen des »Rechtsextremismus«, so urteilte der Politikwissenschaftler Dierk Borstel bereits 2011, weiterhin eine »eher marginale Rolle«⁶⁶. Zwar existieren durchaus Fallbeispiele aus einzelnen Bundesländern⁶⁷ oder zu speziellen Städten und Regionen⁶⁸; doch betrachten diese zumeist in ihrer Anlage und eigentlichen Analyse ganz unterschiedliche empirische Gegenstände, Phänomene und Zusammenhänge, sodass nur schwerlich von einer Stringenz gesprochen werden kann. Ein relativ großer Anteil empirisch ausgerichteter Forschung zu Rechtsradikalismus in regionalen, lokalen oder kommunalen Kontexten konzentriert sich auf Untersuchungen in den neuen Bundesländern.⁶⁹ Zu Niedersachsen liegen in dieser Hinsicht bisher

65 Vgl. Walter, Franz: Kritik der Zivilgesellschaft, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.04.2018.

66 Borstel, Dierk: »Braun gehört zu bunt dazu!« Rechtsextremismus und Demokratie am Beispiel Ostvorpommern, Münster 2011, S. 15.

67 Hier existieren Studien bspw. zu Baden-Württemberg; vgl. Held u.a.: Rechtsextremismus und sein Umfeld; Möller, Kurt: Überblick über die Struktur und Entwicklung des Phänomenbereichs Rechtsextremismus in Baden-Württemberg im Untersuchungszeitraum (01.01.1992 bis heute). Phänomene, Hintergründe und Handlungsempfehlungen, Gutachten für den parlamentarischen Untersuchungsausschuss des Landtages von Baden-Württemberg, Esslingen 2015, URL: https://www.kontextwochenzeitung.de/fileadmin/content/kontext_wochenzeitung/dateien/245/NSU-UA_Gutachten_Moeller.pdf [eingesehen am 06.12.2018]; zu Hessen vgl. Hafenerger, Benno/Becker, Reiner: Rechte Jugendcliquen in Hessen, Schwalbach/Ts. 2007; Dies.: Die extreme Rechte als dörfliches Alltagsphänomen. Das Beispiel Hessen, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Jg. 21 (2008), H. 4, S. 39-44 oder zu Bremen vgl. Dinse, Jürgen: Zum Rechtsextremismus in Bremen. Ursache und Hintergründe der Erfolge rechtsextremer Parteien, Bremen 1992.

68 Beispielweise zu Dortmund vgl. Borstel, Dierk/Luzar, Claudia/Sundermeyer, Olaf: Rechtsextreme Strukturen in Dortmund. Formationen und neuere Entwicklungen. Ein Update 2011, Dortmund 2011; Luzar: Rechtsextremismus im sozialräumlichen Kontext; oder zu Berlin vgl. Dorn, Bea u.a.: Rechtsextremismus und demokratiegefährdende Phänomene in Berlin-Marzahn-Hellersdorf und Möglichkeiten der demokratischen Intervention, Berlin 2003. Hervorzuheben ist demgegenüber die Studie »Die Republikaner im Schatten Deutschlands«, eine Regionalanalyse zu Frankfurt a.M., da sie Wahl- und Sozialstrukturanalysen theoriegeleitet einbindet; siehe Henning, Eike: Die Republikaner im Schatten Deutschlands. Zur Organisation der mentalen Provinz, Frankfurt a.M. 1991.

69 Vgl. Buchstein, Hubertus/Heinrich, Gudrun (Hg.): Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Demokratie und Rechtsextremismus im ländlichen Raum, Schwalbach/Ts. 2010; Borstel, Dierk/Heinz, Elise/Luzar, Claudia: Demokratieentwicklung in Vorpommern – Analyse und Checkliste für die Praxis, Münster 2015; Klärner, Andreas: »Zwischen Militanz und Bürgerlichkeit«. Tendenzen der rechtsextremen Bewegung am Beispiel einer ostdeutschen Mittelstadt,

keine vergleichbaren Untersuchungen vor.⁷⁰ Insofern kann in Bezug auf unser Forschungsinteresse in mehrfacher Hinsicht von einer Forschungslücke gesprochen werden.

Betrachtet man nun den Stand der Forschung weitergehend unter dem bereits angesprochenen Aspekt, wie genau das Phänomen des Rechtsradikalismus in der politischen Kultur verortet wird und welche Interaktionsmuster konkret angeschaut werden, schränkt er sich abermals weiter ein. Außerdem zeigt sich dann noch deutlicher, mit welch unterschiedlichen Ansätzen operiert wird: So betrachtet die Fallstudie von Britta Schellenberg am Beispiel von Mügeln, wie sich das politische Klima in einem lokalen Kontext konkret darauf auswirkt, dass sich rechtsradikale Einstellungen in Gewalt entladen – und diese Gewalt in der Gesellschaft mehrheitlich gerechtfertigt und entschuldigt wird.⁷¹ Die Studie »Demokratische Stadtkultur als Herausforderung« untersucht den Umgang mit Rechtsextremismus am Beispiel zweier ostdeutscher Kleinstädte; ihr Fokus liegt aber weniger auf der Verhandlung eines solchen politischen Phänomens als auf der Aktivierung eines bürgerschaftlichen Engagements dagegen.⁷² In ihrer Studie »Angstzonen« analysiert Uta Döring wiederum »rechtsdominierte« Orte in Ostdeutschland; um das »Klima vor Ort« zu untersuchen, konzentriert sie sich vor allem diskursanalytisch auf den Zusammenhang von medialer Berichterstattung, der lokalen Verhandlung dieser Mediendeutung und dem Selbstbild lokal involvierter Akteure.⁷³ Ganz ähnlich fragt Adrienne Krappidel in ihrer Untersuchung nach dem »Verhalten rechtsextremer und demokratischer Kommunalpolitiker«; dabei legt sie den Akzent auf den Umgang von rechtsextremen Wählergemeinschaften und der »demokratischen« Gegenseite im kommunalen Umfeld, wonach die Verhaltensdynamik und die Wechselwirkungen des sogenannten politischen Handelns von Kommu-

in: Ders./Kohlstruck, Michael (Hg.): *Moderner Rechtsextremismus in Deutschland*, Hamburg 2006, S. 44–67.

70 Zu Niedersachsen existieren bislang nur kleinteilige Studien über Einzelphänomene wie bspw. »völkischen Rechtsextremismus« in Nordost-Niedersachsen; vgl. Nowak, Falk: »Die letzten von gestern, die ersten von morgen?« Völkischer Rechtsextremismus in Niedersachsen, Amadeu Antonio Stiftung, Hannover 2017. Aus historisch-vergleichender Perspektive ist hier allerdings besonders hervorzuheben Weisbrod, Bernd (Hg.): *Rechtsradikalismus in der politischen Kultur der Nachkriegszeit: Die verzögerte Normalisierung in Niedersachsen*, Hannover 1995.

71 Vgl. Schellenberg, Britta: *Mügeln. Die Entwicklung rassistischer Hegemonien und die Ausbreitung der Neonazis*, Dresden 2014, URL: https://www.boell.de/sites/default/files/muegeln_download.pdf [eingesehen am 29.11.2018].

72 Siehe Strobl, Rainer/Würtz, Stefanie/Klemm, Jana: *Demokratische Stadtkultur als Herausforderung. Stadtgesellschaften im Umgang mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit*, Weinheim/München 2003.

73 Siehe Döring, Uta: *Angstzonen. Rechtsdominierte Orte aus medialer und lokaler Perspektive*, Wiesbaden 2008, S. 27.

nalpolitikern mitentscheidend für den Spielraum rechtsextremer Mandatsträger seien.⁷⁴

1.4 Methode, Fallauswahl und Vorgehen

Rechtsradikalismus ist eine politische Bewusstseinsform, die mit untergründigen Mentalitätsströmen der Gesellschaft in Verbindung steht und daher im historischen Längsschnitt zu deuten und zu erklären ist. Aber über diesen Zusammenhang gibt es in der Verbindung von theoretischen Überlegungen und empirischer Forschung, wie im Forschungsstand gezeigt wurde, relativ wenige valide Studien, erst recht nicht über Niedersachsen.

Unsere Studie möchte diesen Problemzusammenhang daher zumindest ausschnittartig beleuchten; d.h., wir beginnen, das Feld von dieser Warte aus forschungspraktisch zu sondieren. Wie bereits ausgeführt beschränkt sich unser Vorhaben auf das Bundesland Niedersachsen. Dabei wird der Akzent vor allem auf kommunalpolitische Aushandlungen, Interaktionen und den Umgang mit rechtsradikalen Phänomen gelegt, um zunächst einmal mehr über dieses Beziehungsgeflecht zu erfahren. Denn die Analyse der Wechselwirkungen und die Perpetuierung gesellschaftspolitischer Verhandlungsmuster eröffnen einen forschungspraktischen Zugriff, um die normsetzende Konturierung der lokalgebundenen Bürgergesellschaft zu fassen.

Um überhaupt erst einmal die Spannweite dieser möglichen lokalkulturell gebundenen Aushandlungsmuster erfassen zu können, nähert sich die nachfolgende Untersuchung ihrem Gegenstand über ein exploratives Vorgehen. Dadurch können zwar *a priori* lediglich Aussagen und Erkenntnisse über die ausgewählten Fälle getroffen werden, nicht hingegen allgemeingültige über Niedersachsen insgesamt. Allerdings wurden kontrastive Fälle ausgewählt, um von vornherein dem sich wandelnden Erscheinungsbild wie auch der Diversifikation rechtsradikaler Phänomene Rechnung zu tragen. Daher haben wir unsere Fallstudien so festgelegt, dass wir möglichst unterschiedliche Phänomene, Ausformungen und Ausprägungen von Rechtsradikalismus in den Blick nehmen, um jeweils die unterschiedlichen Interaktionen und Reaktionen der Stadtgesellschaft genauer untersuchen zu können.

Durch die Verschiedenheit der Fälle ermöglicht dieses Vorgehen eine potenziell größere Varianz in der Betrachtung der Beziehungsmuster, da nicht von vornherein davon ausgegangen werden kann, dass jede Stadt- oder Bürgergesellschaft unabhängig vom lokalkulturellen Kontext gleich oder ähnlich auf gleiche oder zumindest ähnliche rechtsradikale Phänomene reagieren würde. In den letzten Jah-

74 Siehe Krappidel: Verhalten rechtsextremer und demokratischer Kommunalpolitiker.

ren entstanden in der Bundesrepublik wie in Niedersachsen ganz unterschiedliche Ausprägungen rechtsradikaler Erscheinungen; dies betrifft freilich nicht nur die AfD. Vielmehr sind neue Gruppen wie die Identitäre Bewegung, neue Organisationsformate wie PEGIDA auf den Plan getreten oder es entstanden auch eruptiv-spontane Assoziationsstrukturen wie beispielsweise kurzzeitig die sogenannten Bürgerwehren, die in ihrer Performanz gemeinsam mit der projizierten Bedrohungssituation einer sogenannten Asylkrise einzelne Gruppen ermutigten, auch gewaltsam etwa gegen Flüchtlingsunterkünfte und deren Bewohner vorzugehen. Nicht zuletzt finden sich aber auch ganz unabhängig davon rechtsradikale Spielarten wie die sogenannten Reichsbürger, die schon seit Jahren existieren, sich teilweise im Alltag institutionalisiert haben, deren Bedeutung, tatsächliche Ausbreitung und potenzielle Gefahr aber erst seit Kurzem öffentlich bekannt sind. Vor dem Hintergrund dieser Auffächerung werden in dieser Studie besonders drei Fälle ausführlich analysiert, da sie unterschiedliche Formen haben, ebenso wie eine unterschiedliche Bedeutung und vor allem lokalspezifisch jeweils in unterschiedlichen Modi verhandelt wurden und teilweise noch werden.

1.) Der erste Fall ist Salzhemmendorf; denn der Flecken erlangte 2015 bundesweite Bekanntheit, als dort im Zuge der »Asylkrise« einer der ersten Brandanschläge auf eine Unterkunft von Geflüchteten in den westdeutschen Bundesländern verübt wurde. Der Anschlag wurde republikweit wie auch in der Gemeinde als »Schock« wahrgenommen, als scheinbar spontanes Ereignis. Doch bei genauerem Hinsehen wurde schnell offenbar, dass sich hier lokalspezifische Faktoren verdichteten, die diesen Anschlag an diesem Ort nicht mehr gänzlich »zufällig« erscheinen lassen.

2.) Der zweite Fall wiederum nimmt ein vermeintlich neues Phänomen in den Blick: das politisch diffuse Spektrum zwischen völkischen Siedlern, Reichsbürgern, Staatsleugnern und Verschwörungstheoretikern. Diese Strömungen existieren zu meist schon lange und haben sich teilweise durchaus erfolgreich im kommunalen Alltag festgesetzt. Ein eindrückliches Beispiel hierfür stellen in Niedersachsen die sogenannten Ludendorffer dar, die in Dorfmark im Heidekreis fest etabliert sind und hier seit den 1970er Jahren alljährlich ihr Osterfest ausrichten, zu dem bundesweit mobilisiert wird. Die Ludendorffer stoßen allerdings kaum auf bürgerschaftliche Kritik oder provozieren lokale Auseinandersetzungen; ihre Präsenz wirkt vielmehr ritualisiert, sodass davon ausgegangen werden kann, dass sich in der Dorfmarker Gesellschaft eine gewisse Gewöhnung eingestellt hat.

3.) Als dritter Fall wurde der Braunschweiger PEGIDA-Ableger BRAGIDA ausgewählt. Hier fällt nicht nur der rigorose Deutungskampf in der Stadtgesellschaft ins Auge, der bereits zuvor in der Konstituierungsphase von PEGIDA in Dresden zu beobachten gewesen war. Auch das Faktum, dass sich hier ein bewegungsförmiger Rechtsradikalismus auf der Straße konstituierte, der einerseits mobilisierungsfähig war, andererseits aber auch große Gegenproteste auslöste, war für die Auswahl

mitentscheidend. Denn hierdurch lassen sich auch potenzielle stadtesellschaftliche Polarisierungseffekte – sofern es sie tatsächlich gibt – in den Blick nehmen, die – berücksichtigte man nur die ersten beiden Fälle – womöglich nicht zu beobachten wären.

Um die verschiedenen hier bereits angedeuteten Überlegungen, Forschungsperspektiven und Problemstellungen zusammenzuziehen, soll an dieser Stelle noch einmal das Vorgehen für die Untersuchungen der Fallstudien in gebotener Kürze resümiert werden: Unter Rückgriff auf stadtsociologische Fragestellungen⁷⁵ werden in den ausgewählten Regionen vor allem Reaktionen und Umgangsformen vor Ort mit rechtsradikalen Phänomenen im Vordergrund stehen. Das bedeutet, dass der Beziehungs- und Interaktionsaspekt zwischen Handeln und Verhandeln der beteiligten Akteure untersucht wird. Letztlich stehen die rechtsradikalen Akteure, Gruppen oder individuellen Protagonisten nicht im Vordergrund, sondern sie sind eine Art Aufhänger. Denn wir wollen mehr über die untergründigen Normvorstellungen der »Mehrheitsgesellschaft« erfahren, wie sie sich in Form der unmittelbaren Reaktion auf politische Phänomene äußern – verrät doch die Verhandlung dieser Phänomene einiges über das tradierte, unhinterfragte Verständnis von Normen und deren Tendenz zur Selbstverständlichkeit, die wiederum im Sinne der politischen Kultur eine Verbindungslinie zwischen (verborgenen) rechtsradikalen Mentalitäten und Bewusstseinsformen, (manifesten) rechtsradikalen Gruppen und der vermeintlichen »Mitte« darstellen.

Wie bereits der Soziologe Ulrich Oevermann herausgearbeitet hat, können öffentliche Reaktionen auf ein politisches Phänomen einen Zugang darstellen, mehr über die unterschwelligen Akzeptanz- und Toleranzschwellen des jeweiligen kulturellen Kontextes zu erfahren.⁷⁶ Eine vergleichende Systematisierung kann also dabei helfen, sich dem Normkorsett weiter anzunähern, indem zum Beispiel herausgestellt wird, ob auf ein bestimmtes politisches Phänomen öffentlich von verschiedenen Akteuren gleichermaßen mit einer »Über-Dramatisierung«, einer krassen Relativierung, gar einer »Tabuisierung« oder einer »ungewollten Dämonisierung« reagiert wird.⁷⁷ Dementsprechend muss dann anschließend möglichen Gründen für diese Reaktionsformen nachgegangen werden, um herauszuarbeiten, welche Akteure und Institutionen in welcher Weise reagieren; ferner müssen die Bedingungen herausgestellt werden, unter denen diese Reaktionsformen auftreten. Diese Herangehensweise wählt etwa auch die Prozesssoziologie. Die Grundlage hierfür bilden die Überlegungen und Beobachtungen der Soziologen Norbert

75 Vgl. Frank, Sybille u.a.: Der aktuelle Perspektivenstreit in der Stadtsoziologie, in: *Leviathan*, Jg. 41 (2013), H. 2, S. 197–223.

76 Oevermann: Zur soziologischen Erklärung und öffentlichen Interpretation von Phänomenen der Gewalt und des Rechtsextremismus bei Jugendlichen, S. 111ff.

77 Ebd., S. 112f.

Elias und John Scotson, die in ihrer Studie »Etablierte und Außenseiter« eigenspezifische Grundstrukturen im sozialen Verhalten und der Verhandlung innerhalb des lokalen Raums einer Stadtgesellschaft herausgestellt haben. Am Beispiel von Nachbarschaftsbeziehungen von Einwohnern in einer englischen Industriestadt (Leicester) stellten Elias und Scotson eigendynamische Aushandlungsmuster zwischen den verschiedenen Stadtteilen und Gruppen fest, die teilweise quer zu sozioökonomischen Konstanten lagen. Elias und Scotson beschrieben diese Muster der eigendynamischen Prozesse zur Verstetigung von Machtbeziehungen als sogenannte Figurationen, welche die sozialen Grundstrukturen der Etablierten und Außenseiter untergründig mitprägen würden.⁷⁸ Dieser Erklärungsansatz findet bis heute in unterschiedlichen soziologischen Untersuchungen Anwendung und gilt auch als Grundlagenwerk der Stadtforschung.⁷⁹

Vor diesem Hintergrund stellen wir an die jeweiligen Fälle drei Fragen. *Erstens:* Welche unmittelbaren Reaktionen gab es von den unterschiedlichsten Akteuren in der Stadtgesellschaft auf das jeweils ausgewählte Phänomen? Hierbei sollen zum Beispiel Rekonstruktionen der Interaktionsabläufe helfen, das Ineinandergreifen und die sich daraus entwickelnde Dynamik besser aufzeigen zu können.⁸⁰ *Zweitens:* Wie gehen verschiedene lokale Akteure und Institutionen mit dem jeweiligen rechtsradikalen Phänomen um? Hierbei soll die genauere Verhandlung des Phänomens untersucht werden, welche Logik und eingespielten Muster die unmittelbare Reaktion gründeten – dabei geht es vor allem um die Beleuchtung des kommunalen oder regionalen Umgangs, um gewisse Auffälligkeiten herauszuarbeiten. *Drittens:* Wie entwickeln sich das stadtgesehellschaftliche Verhalten und der Umgang mit dem Phänomen nach den ersten Reaktionen; und lassen sich bestimmte Deutungen identifizieren, die über den Einzelfall hinausgehen? Diese Sondierung des Gegenstandsfeldes trifft freilich zunächst kaum Aussagen über die jeweiligen Ursachen; aber die Analyse dieser Bedingungen und Mechanismen kann dabei helfen, mögliche weiterführende Forschungshypothesen herauszuarbeiten.

Die kommunalpolitische Auseinandersetzung mit Rechtsradikalismus und rechtsradikalen Phänomenen in den drei Fallstudien wird mit einem Set an unterschiedlichen quantitativen und qualitativen Methoden bearbeitet. Doch stellen

78 Vgl. Elias, Norbert/Scotson, John L.: Etablierte und Außenseiter, Frankfurt a.M. 1993.

79 Vgl. Hüttermann, Jörg: Figurationsprozesse der Einwanderungsgesellschaft. Zum Wandel der Beziehungen zwischen Alteingesessenen und Migranten in deutschen Städten, Bielefeld 2018; Lenz, René: Norbert Elias und John L. Scotson: Etablierte und Außenseiter, in: Eckhardt, Frank (Hg.): Schlüsselwerke der Stadtforschung, Wiesbaden 2017, S. 239–259; darin finden sich auch weiterführende Hinweise zur Rezeption und Modifikation zur Operationalisierung für Analysen sozialer Prozesse in lokalen Kontexten.

80 Zur sich wechselseitig verschärfenden Dynamik zwischen Aktion und Reaktion verschiedener Akteure am Beispiel von Dortmund vgl. Luzar: Rechtsextremismus im sozialräumlichen Kontext, S. 137ff.

die drei Fallstudien und das jeweilige Phänomen unterschiedliche Anforderungen an die Bearbeitung, da teilweise unterschiedliche Akteure in den Blick geraten, mithin sich die Perspektiven unterscheiden. Nicht zuletzt verlangt der jeweilige sozio- wie lokalkulturelle Hintergrund eine flexible Handhabung des Materials – war der Zugang zum Gegenstand doch jeweils unterschiedlich, da zum Beispiel das ausgewählte rechtsradikale Phänomen in Braunschweig zeitlich in der Bearbeitungsphase bereits an unmittelbarer Virulenz verloren hatte. Vor allem aber war – was sicherlich für die meisten empirischen Lokalstudien genuin immer eine gewisse Herausforderung darstellt – die Gesprächsbereitschaft im Feld von Fall zu Fall unterschiedlich.

Ausgangspunkt jeder Fallstudie waren intensive Literaturrecherchen, die nicht nur den wissenschaftlichen Forschungsstand betrafen, sondern auch Materialsammlungen von zivilgesellschaftlichen Organisationen einbezogen. Je nach Fall wurden diese Recherchen um Primärquellenarbeit mit Dokumenten der rechtsradikalen Gruppen ergänzt, um die Eigenperspektive beispielsweise der Ludendorffer genau beleuchten zu können. Zu den quantitativen Ansätzen zählten Strukturdatenanalysen und Wahlstatistiken sowie vor allem Medienanalysen zur Berichterstattung der Lokalpresse, ergänzend zu überregionalen Medien. Aber auch die lokale Stadtpolitik wurde einbezogen, weshalb ebenfalls entsprechende Landtags- oder Stadtratsdokumente, wie Anfragen oder Protokolle, analysiert wurden. Zu den qualitativen Ansätzen zählten neben ethnografischen Beobachtungen vor Ort – beispielsweise der Proteste und Gegenproteste oder der Prozesse an Amts- und Landgerichten – vor allem Interviews, die den fallspezifischen Bedingungen angepasst werden mussten. Daher wurden neben Experteninterviews und leitfadengestützten Einzelinterviews auch teilweise narrativ ausgerichtete Interviews mit Protagonisten geführt; teilweise wurden ein leitfadengestütztes und ein narratives Vorgehen in den Interviews miteinander kombiniert, wenn beispielsweise unmittelbar Betroffene interviewt wurden. Insgesamt wurden 18 Interviews geführt: sieben zu Salzhemmendorf, acht zu Dorfmark und drei zu Braunschweig. Die Interviews wurden mit Personen in verschiedenen Funktionen geführt; je nach Fall waren dies vor allem Bürgermeister, Landräte und Kommunalpolitiker, aber auch zivilgesellschaftlich Engagierte, Sozialarbeiter und Lokaljournalisten (siehe Liste im Anhang).

